

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprechnummer Nr. 224.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldgulden, für außerhalb Wohnende 7 Goldgulden, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldgulden, im Reklameteil 30 Goldgulden, einseitig. Umgehender, Schwenkiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Einnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesalle.

Nr. 42.

Donnerstag, den 7. April 1932.

35. Jahrg.

Beginn der Donaukonferenz

Donauplan und Tributfrage.

Die Staatsmänner Deutschlands, Englands, Italiens und Frankreichs sind in London versammelt zur Konferenz der vier Großmächte, die am Schicksal der Donauländer interessiert sind. Für Frankreich hat Tardieu bei seinem Besuch bei MacDonald viel gearbeitet. Es ist eine englisch-französische Einigung zustande gekommen darüber, daß der Bund der Donauländer nach französischem Vorschlag gebildet werden muß, wenn auch über das Wie noch keine Beschlüsse gefaßt wurden. Vor diese Aufgabe werden jetzt Deutschland und Italien gestellt und um ihre Meinung befragt. Da dieser Bund unter französischer Finanzhoheit den Plänen Deutschlands für einen wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas entgegensteht und dieses nicht ohne weiteres geneigt sein wird, sich in ein Pantheon Tardiens als Objekt fremder Außenpolitik einfügen zu lassen, so wird Frankreich nach bewährtem Muster Deutschland unter Druck setzen, um es für seine Absichten gefügig zu machen. Das wird sich insbesondere darin ausdrücken, daß Frankreich die Donaufrage mit der Tributfrage verknüpfen wird. Damit wird auf Deutschland dann über kurz oder lang allerdings ein außerordentlich harter Druck ausgeübt werden, ein Druck, von dem Frankreich hofft, daß Deutschland ihn ungeachtet seiner Finanzlage nicht lange auszuhalten vermag.

Zwei Möglichkeiten gibt es dann für Deutschland. Wird die Donaufrage mit der Tributfrage verknüpft, so liegt darin unter Umständen vielleicht viel Verlockendes insofern nämlich, als wie von Frankreich eine Verlangung der bestehenden wirtschaftlichen Gleichgewichte und womöglich noch ihre Erweiterung erlangen können, sofern wir uns mit dem politischen Inhalt des französischen Donauvorhabens einverstanden erklären. Es bedeutet dies freilich für unabhägare Zeit den Verzicht auf deutsche Politik schlechthin. Wir wären eingekerkert in das von Frankreich so nahe und gefaßt vertretene Pantheon. Die andere Möglichkeit ist, daß wir einflures und gattes Nein sagen. Fänden wir uns aber nicht, daß bei diesem Nein an das deutsche Volk auf allen Gebieten seines Lebens schwerere Anforderungen gestellt würden, nicht vorübergehend, sondern wahrscheinlich für lange Zeit. Wollen wir Frankreich erfolgreich widerstehen können, so müssen wir bereit sein zu einem Leben sowohl äußerer Härte als innerer Straffer Zucht, Einordnung und Eingabe an den Staat.

Die Eröffnung der Vier-Mächte-Konferenz

Eine große schaulustige Menge hatte sich in der Downingstreet in London eingefunden, um sich die Aufahrt der ausländischen Abordnungen zu der Vier-Mächte-Konferenz anzusehen. Zuerst erschien die französische Abordnung unter Führung des Finanzministers Mandin und kurz darauf trafen die Mitglieder der italienischen Abordnung — soweit sie nicht an dem Frühstück beim Ministerpräsidenten MacDonald teilgenommen hatten — auf dem Hofe des Foreign Office ein. Dann kamen Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Posse sowie der italienische Außenminister Grandi mit Begleitung aus dem Hause heraus. Ihnen folgten Handelsminister Kuncinac und Außenminister Sir John Simon. Als letzter kam Ministerpräsident MacDonald in Begleitung des Schatzkanzlers, des Generalkonsuls, des Vizekonsuls und des Notars, um sie die Abordnungen begrüßen und hierauf die Sitzung über die Donaufragen im alten Kabinetsraum eröffnen zu lassen.

Zweite Donaukonferenz in Laufanne?

Frankzösische Intrigen gegen Deutschland.
In den Kreisen der französischen Abordnung zur Viermächtekonferenz sind umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden, um die von Deutschland erhobenen Ansprüche auf seine besonderen Interessen an dem Donaubundel zu entkräften. Zu den tatsächlichen Angaben, auf die sich die deutschen Forderungen zum Teil stützen, sind Geographien ausgearbeitet

worden. U. a. wird darin behauptet, daß Deutschlands Anführung nach den Donauforderungen nur 10 Prozent betrage, während die entsprechenden Forderungen sich für Polen auf 15 bis 20 Prozent, für Italien auf 4 Prozent und für Bulgarien auf 0 Prozent stellen. Diese Zahlen werden französischerseits auch angeführt, um die Berechtigung Polens zur Teilnahme an den Verhandlungen nachzuweisen.
In der französischen Abordnung glaubt man bestimmt, daß auf der Viermächtekonferenz eine Einigung hinsichtlich der an die Donauforderungen abzuleitenden Einlassungen erfolgen wird. Dies würde schrittweise durch erreicht werden, daß etwaige Schwierigkeiten auf die zweite Donaukonferenz verschoben werden, von der man in französischen, allerdings nicht amtlichen Kreisen glaubt, daß sie nicht in Genf, sondern in Laufanne stattfinden wird. Dort würde es erst zum Austrag der noch bestehenden Schwierigkeiten kommen.

1-Milliarde-Franc-Anleihe für die Donaufstaaten?

Sterreich wieder unter Finanzkontrolle.
In der gut informierten Pariser „Ebeche“ wird mitgeteilt, daß Frankreich eine große Konvertierungsanleihe für die Donaufstaaten vorbereitet und in Vorschlag gebracht habe. Diese Anleihe soll es den Donauländern ermöglichen, eine umfassende Sanierung durchzuführen. Was den Betrag anbelange, so werde ziemlich übereinstimmend von einer Milliarde gesprochen.

Wenn man Österreich eine neue Anleihe gebe, so könne das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die Finanzkontrolle wieder eingeführt werde. Es frage sich nur, ob Wien bereit sei, sich der Finanzkontrolle zu unterwerfen, und ob Deutschland einem derartigen Vorschlag zustimme. Die Entscheidung darüber müsse in den nächsten Tagen fallen.

Hoover über die Grenzfreie Stimsons.

America erwartet nicht viel.
Präsident Hoover erklärte erneut, daß die Reise Stimsons nach Genf ausschließlich der Abrüstungsfrage gelte. Eine Anfröhlung der Schuldenfrage sei keineswegs geplant. Der Besuch Stimsons ziele einzig und allein auf die Festlegung eines engstirnigen Abrüstungsplanes ab, obwohl Amerika von Genf keine unmittelbaren Ergebnisse erwarte.

Hoover wies weiter darauf hin, daß der vor zwei Monaten in Genf vorgelegte amerikanische Abrüstungsplan während des Besuchs des amerikanischen Finanzachverwaltenden Norman Davis in Washington mit dem Marinetragedepartement und Stimson näher besprochen und erweitert worden sei.

Ein überflüssiger Versuch.

Während sich in Deutschland unter gewaltigem Lärm, aber auch unter fälscher innerer Anteilnahme der Wählermassen der Kampf um die Reichspräsidentenschaft abspielte, während auch in Frankreich die ersten Schritte des Wahlkampfes erklingen, ringt man draussen in der Welt mit weniger Lärm aber noch größerer Energie um die fürchtbar schwer gewordenen wirtschaftspolitischen Probleme. Man möchte selbst einmal nur einen Augenblick von den politischen Hintergründen der „Donaufrage“ absehen, — und dann kann man vielleicht sagen: Das „Ob“ und „Wie“ der Lösung dieser Frage ist geradezu die Waise. In Europa einen für sein Leben wichtigen Teil rein wirtschaftlich zu retten vermag oder nicht. Oder, um mit MacDonald selbst zu sprechen: Hier liegt ein Probefall der europäischen Politik vor, ob es gelingt, die „Politik“ anzuschalten, das Donaubegleit wirtschaftlich zu stabilisieren. Man wird sehen, ob man die zweite diesbezügliche Konferenz in London den Weg weiter geht, die die Entree Tardiens und MacDonalds anscheinend wenigstens nicht mit übertröben Hindernissen vorgehen hat. Auf einem

anderen Blatt steht freilich, wie es damit auf der eigentlichen, der Genfer „Donaufkonferenz“ aussieht wird.

Auch habe ich einige „Recherches“ darüber, deren Erfindungen von den politischen „Muffanten“ auch gar nicht verhehlt werden. Daß man für diese „reparationspolitischen“ Töne bereits bei den Londoner Besprechungen eine gemeinsame Melodie — oder den Anfang dazu — gefunden hat, entspricht sich vollkommen dem Willen der Außenwelt denn die Andeutungen der Beteiligten geben über das Unverkündlich-Allgemeine amtlicher Erklärungen hinaus hinaus. Man sieht in England und auch in Frankreich selbst nach Auswegen aus der Lage, die nicht nur vom Reichskanzler einseitig dargelegt ist, sondern von unseren Tributabgabigern — recht ungern — als Willigkeit anerkannt werden mußte! Deutschland vermag auch nicht einen einzigen Pfennig zu zahlen; es vermag aber auch nicht, in die völlig ungeheure wirtschaftliche Zukunft hinein irgendwelche bindenden finanziellen Verpflichtungen zu machen. Und selbst mit Gewalt könnte man aus Deutschland seinen Pfennig herauspressen, mit Gewaltanwendung die allgemeine Weltfriede nur noch fürchtbarer machen.

England hat ja schon einmal — im Januar — bei Dr. Brüning angefragt, ob Deutschland mit einer einfachen Verhängung des Hoover-Präsidenten bis etwa zum Dezember einverstanden sei; der Reichskanzler hat mit Nein geantwortet. Nun hört man davon, daß man uns in England mit einem ganz eigenartigen Vermittlungsvorschlag doch noch „herumtriegen“ möchte. Dieser Vorschlag hat — um dies gleich von vornherein noch zu bemerken — den Zweck, eine allzu lange Ausdehnung der für den Juni in Laufanne angelegten „Reparationskonferenz“ zu vermeiden, schon deswegen, um den Engländern eine rechtzeitige Abreise nach Kanada zu der großen „Reichskonferenz“ zu ermöglichen, auf der sich alle Vertreter, Achtung, seiner Dominien und Kolonien zusammenfinden werden vor allem zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Beratungen. Außerdem glaubt man in London immer noch, daß in Laufanne aus einer ganzen Reihe von Gründen eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage nicht gefunden werden könne, — also sucht man nach einem Um- und Ausweg, der nicht gerade wie ein Scheitern der Konferenz aussieht, sondern eine Verschlebung ist.

Wenn die Gerüchte hierüber auf Wahrheit beruhen, dann soll England nämlich einen doppelten Vorschlag machen: Eine internationale Kommission stellt fest, wieviel Deutschland bisher für „Reparationszwecke gezahlt hat, ferner wird von ihr untersucht, wieviel von Frankreich (Belgien) bisher für die „Wiederherstellungen“ in den kriegsgefährdeten Gebieten ausgegeben wurde. Diese Idee wirkt im ersten Augenblick unbedeutend, entpuppt sich aber taufendmal geäußerten deutschen Wünschen und vor wären mit einer solchen Untersuchung mehr als einverstanden. Aber sofort erhebt sich ebenso schnell der Einwurf an: Was hat das alles mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands und Europas zu tun, die ganz unter dem Druck der deutschen Young-Plan-Verpflichtungen steht? Was ändern jene Feststellungen — ganz gleichgültig, wie sie ausfallen — an diesem Zustand? Doch gar nichts! Es ist ja alles auch nur der Versuch, eine bessere, eine klarere, „objektivere“ Atmosphäre zu schaffen; man kann heute wohl sagen, daß dies von der Weltfriede schon viel ausgiebiger befragt worden ist.

10. und 24. April.

In einem Aufruf der Deutschen Volkspartei, in dem zur Wiederwahl Hindenburgs aufgefordert wird, heißt es: Unser Eintreten für Hindenburg wird in keiner Weise die fernere Aufgabe vermindern, daß wir bei den bevorstehenden Landtagswahlen mit aller Entschlossenheit den Kampf gegen die Regierung der Weimarer Koalition zu richten haben, erfüllt von dem Willen, eine vom nationalen Geist getragene Preußenregierung zu schaffen.

Das Zentrum erläßt an seine Anhänger einen Aufruf zum 10. April, in dem es heißt: „Die Welt hat das Augenmerk auf die Zusammenkunft bei den Reichstagen in Berlin, die am Freitag nach dem 10. April stattfinden werden, gerichtet, daß niemand aussetzt, niemand zurückbleibt. Der Gegner wird seinen Fanatismus zu zeigen suchen. Verstarke wir demgegenüber den festen, einheitlichen klaren Willen zu Deutschlands Ehre, Würde und Einheit. Das Lager Hindenburgs muß noch größer werden.“

Severings Material über die Nationalsozialisten.

Der preussische Innenminister Severing hat bei einem Empfang der Presse das Material der Öffentlichkeit übergeben, das bei der großen Polizeiaktion gegen die Nationalsozialisten nach dem 13. März in den verschiedenen Bezirken der Nationalsozialistischen Partei in Preußen beschlagnahmt worden ist. Minister Severing führte dabei aus:

Er wolle mit diesem Material der Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß es sich bei den Plänen und den Vorbereitungen der Nationalsozialisten nicht um sogenannte Vorbereitung der Nationalsozialisten zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehandelt habe, sondern daß diese Vorbereitungen eine gewalttätige Übernahme der Macht zum Ziele hätten. Die Vorbereitungen der Nationalsozialisten bestanden zunächst in einer eingehenden Feststellung der Polizei und aller beherrschenden Organe, in einer Ausdrucksfindung der Maßnahmen, über die der Staat verfügt. Ferner zeigten die Dokumente, daß die Nationalsozialisten verstanden, innerhalb der Polizei zu werden und die Polizei durch Drohungen dahin zu bringen, daß sie nicht gegen Nationalsozialisten vorgehe. Es seien die Beweise erbracht, daß es sich bei dem ganzen Vorgehen um eine systematische Ausnutzung einer nationalsozialistischen Armeehandlung und es seien Beweise gegeben, daß auf Waffen vorhanden sind. Der Minister betonte, daß er trotz alledem den Dingen mit Selbsttätigkeit gegenüberstehe, weil die preussische Regierung sich stark genug fühle, jede Störung zu unterdrücken.

Severing wandte sich dann gegen die Vorwürfe, die ihm wegen der Polizei-Aktion gemacht worden seien, und wies sich besonders gegen den Vorwurf, daß es sich nur um ein Verstoß gegen die Verfassung handele. Der Minister kam dann auf den Brief des Reichsinnenministers Groener zu sprechen. Dieser Brief, so erklärte Severing, sei nur einer von den vielen Warnungs- und Mahnbrieffen gewesen, die von allen Seiten, von privater und behördlicher Seite, im preussischen Innenministerium eingegangen seien und in denen auf die verschiedenen Verstoß gegen die Verfassung hingewiesen wurde. Er habe nach Eingang dieses Briefes am 10. März schon am anderen Tage eine Untersuchung mit Groener gehabt und ihm dabei erklärt, daß er seinen, Groeners Brief, ebenso bemerke, wie die anderen Warnungsbriefe. Er habe den nationalsozialistischen Plänen zunächst keine größere Bedeutung beigemessen, als früher den kommunistischen, zumal sich unter den nationalsozialistischen Sturmabteilungen sicher 30 bis 40 Prozent ehemalige Kommunisten befänden. Aber er habe es für seine Pflicht gehalten, die Polizei aufzufordern, jedem Störungsversuch mit allen Mitteln entgegenzutreten. Als dann aus verschiedenen Gebieten behördliche Mitteilungen eingingen, daß da und dort bewaffnete nationalsozialistische Trupps beobachtet worden seien, habe er sich zu der großen Säuberungsaktion entschlossen. Aus dem Material, das diese Untersuchung ergab, siehe er die Folgerung, daß die preussische Regierung unter keinen Umständen die Aufgabe einer Verstoß gegen die Verfassung habe. Severing betonte, daß er sich bei seinem Vorgehen allein auf das preussische Gesetz gestützt habe. Es sei falsch zu glauben, daß es nun Groeners Aufgabe sei, die Verurteilung des preussischen Vorgehens nachzuprüfen. Das Material liege nur dem Oberreichsanwalt vor, er habe nun zu prüfen und zu entscheiden. Die Voraussetzungen des Hoch- und Landesverrats seien nach Auffassung der preussischen Regierung gegeben. Ob und wie Preußen weiter gegen die NSDAP vorgehen wolle, darüber, erklärte Severing, könne er vorläufig nichts sagen.

Protesttelegramm der NSDAP.

An Reichspräsident, Reichsinnenminister und Oberreichsanwalt.

Die Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht drei Protesttelegramme, und zwar in einem Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg wird gegen die ungeheuerliche Verstoßung der NSDAP (schärfster Protest erhoben, die in dem Vorwurf, das bei der Severing-Aktion beschlagnahmte Material enthalte Anhaltspunkte für hoch- und landesverräterische Handlungen nationalsozialistischer Führer, ausgedrückt sei. Der Reichspräsident wird ermahnt, dem Verhalten der preussischen Behörden der NSDAP, endgültig Einhalt zu tun.

In einem Protesttelegramm an den Reichsinnenminister Groener wird die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP und im Gau Berlin durch den Polizeipräsidenten Orzeszinski als vollkommen rechts- und verfassungswidrig bezeichnet. Die Reichsleitung der NSDAP fordert sofortiges Eingreifen und Aufhebung dieser Maßnahmen von reichsweitem.

In einem Telegramm an den Oberreichsanwalt in Leipzig, an den sich nach Verstoßung Severing im Verein mit Orzeszinski mit der Behauptung gewandt habe, das beschlagnahmte Material hätte Anhaltspunkte für hoch- und landesverräterische Handlungen nationalsozialistischer Führer, wird um sofortige Verurteilung dieser Verstoßung, derartige beleidigende Behauptungen unter Verstoß auf den Oberreichsanwalt aufzustellen. Adolf Hitler verfolge sein Ziel, wie alle Führer der NSDAP, auf völlig gesetzmäßigem Wege, wie dem Reichsgericht bekannt sei.

Berichter der Landesregierungen beim Reichsinnenminister.

Beim Reichsinnenminister Groener fand eine Besprechung mit Beratern der Landesregierungen statt, in der eine Reihe wichtiger in enzyklopädischer Frage erörtert wurde. An der Besprechung nahm u. a. der preussische Innenminister Severing teil. Die Besprechung dürfte sich mit dem Material befassen haben, das von der preussischen Polizei vor kurzem bei der NSDAP beschlagnahmt worden ist.

Der Wahlkampf in den Ländern.

Noch während der Präsidentschaftswahlen hat der Kampf für die Parlamentswahlen begonnen. In Bayern haben die Deutschnationalen den Kampf mit einer Rede des Parteiführers in Nürnberg eröffnet. Dabei sagte sich Dr. Eugen Bergmayer, ein Nationalsozialist, aus, andererseits mit den Nationalen. „Ich habe“, so führte Eugen Bergmayer aus, „in diesem Augenblicke die Pflicht, nicht die falsche Vorstellung aufkommen zu lassen, als sei nationale Opposition gleichbedeutend mit Hitler und Nationalsozialismus. Willkür deutscher Menschen haben, weil der Name Hitler herausgeholt wurde, vorgezogen, Hindenburg zu wählen. Sie stehen aber bereit für eine klare, sachliche, aufbauende, gemeinsame Reichsregierung. Viele Willkür, die Hitler nicht wählen wollten, sehen sich danach, bei den Wählerwahlen zu zeigen, daß sie das schwarzrote System ebenso hassen, wie diejenigen, die Hindenburg nicht gewählt haben. Willkür, die Hindenburg gewählt haben, gehören nach wie vor zur nationalen Opposition und wollen bei den Wählerwahlen der nationalen Opposition die Mehrheit schaffen — die Mehrheit von Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Unter die Fäuste des Marxismus ist ein Schmutzgerüst gestrichen, dem nichts heiliger ist. Schamlos wird mit den wichtigsten und erfindlichsten Gütern des Volkes gewirtschaftet. Am schlimmsten ist es in Preußen. Dafür, daß die Sozialdemokratie in den katholischen Gebieten dem Zentrum Steine überfällt, werden die evangelischen Gebiete der Zerlegung durch sozialistische, atheïstische Elemente ausgesetzt. Das große Ziel des 24. April ist die Zerlegung dieser Wirtschaft. Das Geschäft der Arbeit ist aufgelöst. Die beiden Zitate sind für den Fall der Fortdauer des sozialistischen Einflusses im Staat vorausgesetzt. Diese Voraussetzungen müssen vernünftigen Arbeiter und Angestellten zeigen, wozu sie nun zu gehen hat.“

Reichsminister Brüning in Stuttgart.

Reichsminister Brüning sprach am Dienstag in der Stuttgarter Stadthalle. Er erklärte einleitend, dieser Wahlkampf werde vielen Streit den deutschen Völkern für immer die Augen öffnen. Die NSDAP habe aufeinander mit normalen Waffen überhaupt keine Ansprüche mehr, Anhänger um sich zu sammeln. Die beiden Zitate sind die Wahrung und Befreiung von den Reparationslasten, würden von der Reichsregierung „mit System“ hochgehalten und durchgeführt. Wenn die Nationalsozialisten je zur Herrschaft kommen würden, dann würde die deutsche Welt innerhalb von 14 Tagen ins Vordereisen sinken. Die historische Bedeutung der staubdicken des Feldmarschalls von Hindenburg liegt darin, daß er der Mann ist in Deutschland, der vielleicht allein für das ganze deutsche Volk eine Verantwortlichkeit bedeuten kann, die über allen Parteien steht. Deswegen brauchen wir ihn für die kommenden außenpolitischen Entscheidungen: Er ist der Mann, unter dessen Fahne sich die Menschen in Deutschland wieder zusammenfinden können. Er ist abhold jeder professionellen Verbeugung. Er hat Verständnis für alle Schichten der Bevölkerung, ihre Notlage und ihre Bedürfnisse. Dieser Mann sieht die Menschen und die Dinge viel klarer und einfacher als die meisten Verantwortlichen, die sonst im öffentlichen Leben an führender Stelle stehen. Die Größe eines Staatsmannes besteht nicht in vielen Reden, sondern in einem starken Charakter, festen Willen und in der Fähigkeit, die Dinge klar, einfach und nüchtern zu sehen.

Zum Schluß seiner Rede erklärte der Kanzler, es sei an der Zeit, daß das gegenseitige Vertrauen in die politische Stabilität der Staaten wieder klar greife. Wenn Hindenburg am 10. April mit weitaus größter Stimmenzahl gewählt wird, dann sei die Welt frei für die Außenpolitik, die von der Reichsregierung bezüglich der Reparationsfrage und der Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern schon lange vorbereitet sei.

Adolf Hitler in Lauenburg und Elbing.

Adolf Hitler sprach auf seiner Wahlreise auch in Lauenburg und in Elbing. Er wandte sich u. a. gegen den Vorwurf, die Nationalsozialisten wollten die Grenze nicht schützen. Er wolle seine Kämpfer nicht für dieses System in den Kampf schicken, sondern für ganz Deutschland. Zum Schluß erklärte Hitler: „Es ist denkbar, daß sie mich unterdrücken, daß sie meine Propaganda verbieten, daß sie mich überhaupt verbieten. Es ist denkbar, daß sie mich nicht überhaupt verbieten, sondern mich selber einperren. Es ist auch möglich, daß man meine Leute und mich selber tötet, aber daß ich kapituliere — niemals, niemals!“

Der Reichspräsident empfängt eine Abordnung der Reichspartei.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung der Reichspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), die die Wünsche der in dieser Partei vereinigten deutschen Arbeiter und Bauern nach unternehmerischer Arbeit und irgendwie gestellter inflationsloser Beschäftigung, nach Befreiung des Volkes der Kleinrentner, nach Neubildung inländischen Kapitals durch Wiederherstellung aller Volkswirtschaften und nach Förderung der Volkswirtschaft verlangte. Die Abordnung hat mit dem Reichspräsidenten und dem Reichsminister für Wirtschaft und Arbeit, sowie auch mit dem Reichsminister für Arbeit, Industrie und Kreditverträge über einen besonderen Sachverständigenausschuss prüfen und beraten zu lassen.

Waffenfunde bei der „Eisernen Front“.

33 Bewaffnete verhaftet. Wie aus München (am Teifler) gemeldet wird, erfolgte dort eine Säuberung in einem Verkehrslokal der Eisernen Front. Dabei wurden 33 bewaffnete Mitglieder der Eisernen Front festgenommen und ins Gerichtsgefängnis nach Garmisch übergeführt. Man fand im Besitz der Festgenommenen Karabiner, Revolver, Seitengewehre, eine große Anzahl von Munition und zahlreichere andere Schlagwaffen.

Kreugers Buchfälschungen.

Das Doppelkloster eines Weltfinanziers. Die englische Treuhändergesellschaft, die mit der Durcharbeitung der wirtschaftlichen Lage des Kreuger-Konzerns beauftragt worden ist, hat jetzt einen Zwischenbericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß sich Kreuger der Bilanzfälschung und Bilanzverschleierung schuldig gemacht hat. Die Feststellung über die falsche Buchführung des Kreuger-Konzerns hat sowohl in Stockholm wie in der ganzen interessierten Welt wie eine Bombe eingeschlagen.

Kreuger hat, wie sich jetzt herausstellt, seine Finanzgeschäfte mit vollkommen ungenügenden Mitteln durchzuführen versucht und ist oft riesige Anteilsverluste eingegangen, ehe er überhaupt dachte, woher er die Mittel hierfür nehmen sollte. Die Konzernleitung Kreugers liebt es, sich in ein

möglichst tiefes Dunkel zu hüllen. Unter der beinahe heroisch gewordenen Redensart: „Ingenieur Kreuger ist verzeiht, in der Zentrale weiß man von nichts“ verbirgt man sich alle unangenehmen Befehle oder Anfragen von Halle zu halten.

Es hat sich herausgestellt, daß Kreuger die Durchführung für den gesamten Konzern oft in seiner einfachen Meinung als mißglückt. Erst wenn er von seinen Plänen zurücktrat, erfuhren die Mitglieder, zu denen auch sein schätzbarer Vater gehörte, was inzwischen geplant und abgeschlossen war. Danach erhielt dann die Buchhaltung des Konzerns ihre Anweisungen. Wie es heißt, sollen die Unregelmäßigkeiten, die sich jetzt herausgestellt haben, schon viele Jahre hindurch vorgenommen worden sein. Und wenn es Kreuger gelungen ist, sich noch so lange Zeit über Wasser zu halten, so ist das allein darauf zurückzuführen, daß sein Name in der ganzen internationalen Geschäftswelt großes Ansehen besaß. Erst jetzt konnte festgestellt werden, daß er ein wirtschaftlicher Hochkapital war und schon lange mit unredlichen Mitteln gearbeitet hat.

Todesurteile im Mostauer Attentatsprozess.

Stern und Wassiljew sollen erschossen werden.

Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion verurteilte nach kurzer Beratung die wegen des Attentats auf den deutschen Botschafter von Nardowski angeklagten Stern und Wassiljew zum Tode.

Der Oberste Staatsanwalt Rylenko hatte in seiner Anklagebetriebe betont, daß die Tat der beiden Angeklagten der Sowjetunion die größten Schädigungen hätte zufügen können. Er wies sie, daß die Angeklagten die Pflicht gehabt hätten,

den deutschen Botschafter von Diesion zu töten. Es sei ferner erwiesen, daß Wassiljew in Verbindung mit der terroristischen Gruppe Sjubartski gestanden habe; diese Gruppe habe sich zur Aufgabe gemacht, die Sowjetregierung durch Gewaltanwendung zu stürzen. Er wies sie, daß diese Terroristen mit polnischen Bürgern in Verbindung standen. Er forderte, daß die beiden Angeklagten zum Tode verurteilt werden sollten, daß die beiden Angeklagten zum Tode verurteilt werden sollten.

Das Schicksal Sterns und Wassiljews.

Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion hat dem Präsidium des Sowjetischen Volkskongresses der Sowjetunion das Urteil gegen Stern und Wassiljew zur Bestätigung vorgelegt. Sollte das Präsidium von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch machen, so wird das Urteil im Laufe von drei Tagen vollstreckt werden. Stalin soll sich bereits gegen die Begnadigung ausgesprochen haben, so daß die beiden Verurteilten erschossen werden dürften.

Ausstand in Neufundland.

Arbeitslose zwingen Regierung zum Rücktritt.

In St. Johns, der Hauptstadt des britischen Dominions Neufundland, ist ein schwerer Ausbruch ausgebrochen, hervorgerufen durch die katastrophale wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Die Regierung von Neufundland wird zurücktreten, nachdem sie den Antrag von mehreren tausend Menschen, zum großen Teil Arbeitslosen, im Parlamentsgebäude in St. Johns eingeleitet worden war.

Nach einer Massenversammlung zogen etwa 15 000 Menschen vor das neufundländische Parlament. Eine Abordnung verlangte Aufklärung über eine Reihe von Beschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten und einige Minister wegen Aktienfälschung über Kabinetsitzungen und wegen Betruges. Während die Abordnung verhandelte, stimmte die aufgeregte Menge unter den Rufen: „Die Regierung muß zurücktreten“ und „Werft den Ministerpräsidenten in den Hafen“ das Gebäude. Sie zerstörten alles, was sie in den Räumen fanden. Die Türen wurden eingeschlagen, die Fenster zertrümmert, die Möbel vollständig zerstört und teilweise zu den Fenstern hinausgeworfen. Es entspann sich ein Handgemenge mit den Polizisten, in dem diese unterlagen. 4000 Menschen umlagerten das Gebäude während der ganzen Nacht. Es wurde gedroht, Feuer anzulegen. Außerdem wurden die staatlichen Kassen geplündert und vollkommen ausgeplündert. Nur mit Mühe konnte die äußere Ordnung wiederhergestellt werden, nachdem 300 Mann der britischen Freiwilligenverbände abgeholt worden waren, die die Bewachung der Straßen und Amtsgebäude übernahmen. Die Regierung ist gestürzt.

Graf Waldersee, der „Weltmarschall“.

Zur 100. Weibertsfeier seines Geburtsjahres.

Am 8. April 1820 starb nach hundertfünfzig Jahren der Geburtstag des am 5. März 1824 in Hannover verstorbenen Grafen Alfred von Waldersee, der in der Regierungzeit Wilhelms II. in der deutschen Politik eine bedeutende Rolle spielte. Als Sohn eines Generals, in Potsdam geboren, des Adelsgeheimen, der Waldersee stammte aus dem Sächsischen, hieß Alfred von Waldersee in der militärischen Laufbahn bis zu den höchsten Stufen empor. Im Jahre 1871 war er, während deutsche Truppen in Paris standen, Stabschef des Gouverneurs von Paris und dann kurze Zeit Geschäftsträger der deutschen Regierung bei der Französischen Republik. Im Jahre 1882 wurde er Generaladjutant Wilhelms I., Wilhelm II. ernannte ihn bald nach seiner Thronbesteigung als Nachfolger Wolffes zum Chef des Generalstabes der Armee und berief ihn in das Herrenhaus und in den Staatsrat. Im Mai 1900 erfolgte seine Beförderung zum Generalfeldmarschall.

Und dann kam die Zeit, in der Waldersees Name in aller Munde war. In China war der sogenannte „Vorderaufstand“ (die „Boxer“ selbst nannten sich „Häute der friedlichen Eintretenden“) ausgebrochen, eine wendensindische Bewegung, die von oben her Unterstützung fand. Es kam zu blutigen Ausschreitungen gegen die christlichen Christen, gegen die Missionare und schließlich gegen alle Fremden, die in China lebten. Am 20. Juni 1900 wurde der deutsche Gesandte Freiherr von Scheffer auf dem Wege zum Tsing-tsi-Pan (Münsterberg des Auswärtigen) in Peking auf offener Straße durch einen kaiserlichen Aufmarsch erschossen. Die übrigen Gesandten flüchteten mit Frauen und Kindern in die englische Botschaft. Alle europäischen Großmächte, im Verein mit Japan und Amerika bemüht sich, den Brand, der die europäischen Erziehungsinstitutionen in China bedrohte, zu löschen, und entsandte Truppen nach China, voran das am schwersten besetzte Deutsche Reich. Zum Oberbefehlshaber über alle fremden Truppen in der Provinz Peking wurde der Feldmarschall Graf Waldersee ernannt, auf Wunsch Wilhelms II., aber durchaus nicht unter voller Zustimmung aller beteiligten Mächte. Als Waldersee, den man damals „Weltmarschall“ nannte, nach China kam, waren die „Boxer“ bereits geschlagen. Trodsdem blieb ihm noch genug zu tun übrig. Er übernahm den Oberbefehl über die etwa 70 000 Mann starke Armee (darunter 25 000 Deutsche), leitete die ganze Verwaltung Peking und den Aufständischen und sicherte die Stellung der Europäer in Peking. Am 3. August 1901 landete er wieder wohlbehalten in Hamburg, nachdem er ein paar Monate vorher im Kaiserpalast in Peking bei einer Feuersbrunst mit knapper Not dem Tode entronnen war.

Amthlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden gebeten, die Haus-, Staats- und Gemeindegeldvermögenssteuer für den Monat April 1932 bis zum 15. d. Mts. an unsere Gemeindekasse zu entrichten.

Für Zahlungen nach dem 15. ds. Mts. werden die gesetzlichen Verzugszuschläge, die z. B. 1,5 % für jeden angefangenen halben Monat betragen, erhoben.

Zustellung von Steuerzetteln erfolgt nicht. Bei der ersten Zahlung werden die Steuerzettel ausgehändigt. Anna burg, den 7. April 1932.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

Die Liste über die für das Geschäftsjahr vom 1. 10. 1931 bis 30. 9. 1932 zu zahlenden Gemeindefortschrittsbeiträge liegt vom 9. 4. 1932 an vier Wochen lang in der Wohnung des Unterzeichneten zur Einsicht der Gesellen aus.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Zahlung der Beiträge am 9. Mai 1932 bei dem Unterzeichneten zu erfolgen hat. Bei veränderter Zahlung wird die zwangsweise Beitreibung der Beiträge erfolgen. Anna burg, den 6. April 1932.

Der Vorsitzende der Bodenerwerbsgenossenschaft Mauergraben. Richard Schulze.

Veröffentlicht! Anna burg, den 7. April 1932.

Der Gemeindevorstand.

Betrifft Schonzeit der Fische.

I. Die diesjährige Frühjahrschonzeit wird auf Grund des § 14 der Fischereiverordnung vom 29. März 1917 wie bisher auf die Zeit vom 20. April bis 31. Mai festgesetzt. Während dieser Zeit ist in offenen Gewässern, soweit sie nicht der Winterschonzeit unterliegen, der Fischfang verboten.

Ausgenommen von diesem Verbot ist die stille Fischerei, d. h. die Fischerei mit Fanggeräten, die weder gezogen noch geschoben werden. Gestattet ist auch die Fischerei mit der Dandangel. Spinnangel und Schleppangel sind als bewegte Geräte verboten. Ferner wird auf Grund des § 14 der Fischereiverordnung vom 29. März 1917 bestimmt, daß während der diesjährigen Frühjahrschonzeit die Fischerei auch mit bewegtem Gerät von Montag morgen 6 Uhr bis Sonabend morgen 6 Uhr jeder Woche, jedoch nur in Wasserläufen I. Ordnung mit Ausnahme der Alt-, Schlent- und Häfen und den zur Fischerei berechtigten Personen ausübt werden darf.

II. Während der Dauer der Schonzeit müssen gemäß § 108 des Fischereigesetzes vom 29. März 1917 die fängliche Fischereiverordnungen bestrukt oder abgestellt sein (§ 35 des F. G. 1917).

III. In den Fischschonbezirken ist der Fischfang vom 15. März bis 30. Juni verboten.

Merseburg, den 21. März 1932.

L. I. 321/1 b. Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht! Torgau, den 31. März 1932.

Der Landrat. S. V. Matto.

Veröffentlicht! Anna burg, den 7. April 1932.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Betrifft Schonzeiten.

Die Schonzeit für Neßböde endet für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg mit Ablauf des 29. Mai 1932, so daß der 30. Mai 1932 der erste Jagdtag ist.

Besüglich des Beginns der Schonzeit für Birnfische wird davon abgesehen, eine von den Bestimmungen der Verordnung zum Schutze von Tier- und Pflanzenarten in Preußen vom 16. Dezember 1929 abweichende Regelung zu treffen.

Die Schonzeit für Birnfische beginnt daher mit dem Ablauf des 15. Mai 1932.

Merseburg, den 16. März 1932.

Der Bezirksratsvorsitzende zu Merseburg.

Veröffentlicht! Torgau, den 30. März 1932.

Der Landrat. S. V. Matto.

Veröffentlicht! Anna burg, den 7. April 1932.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Verhütung von Feld- und Waldbränden.

Wer das Brennen einer Waldfläche, das Abrennen von liegenden oder zusammengebrochenen Bäumen, das Sengen von Rothedden, das Verrennen von Kartoffelkraut, Getreideflocken oder ähnlichen Gegenständen auf den Feldern und Wiesen bei einer Entfernung von weniger als 200 Meter von Waldbränden, Strohhof- oder Getreideböden, Feldschuppen und sonstigen Bauwerken beschließt, hat dies rechtzeitig der zuständigen Ortspolizeibehörde schriftlich anzuzeigen. Die Ortspolizeibehörde ist berechtigt, die Erlaubnis unter Auflagen zu erteilen.

Zumiderhandlungen gegen diese Vorschrift sowie gegen die auf die Anmeldung hin erlassenen polizeilichen Auflagen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder Haft bestraft. Das Abrennen von Bäumen auf Wiesen, Feldrainen, Dehland, an Hängen und Wäldchen, sowie von Holz und Schiff ist in der Zeit vom 15. März bis 30. September jeden Jahres verboten. Zuwiderhandlungen werden, wie in Absatz 2 angegeben, bestraft.

Die Ortspolizei- und Ortsbehörden des Kreises ersuche ich, Vorstehendes ortsbüchlich bekanntzugeben.

Torgau, den 23. März 1932.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht! Anna burg, den 7. April 1932.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Statales und Provinzielles.

— Mehrfache Stimmabgabe ist strafbar. Nach den Vorschriften des Wahlgesetzes ist der Wahlrecht des Wählers für die Aufnahme in die Wählerliste oder Wählerkarte nachgebend. Personen, die mehrere Wohnsitz haben, werden daher auch in mehrere Listen oder Karteten aufgenommen. Dieser Umstand berechtigt sie aber keineswegs, mehrfach die Stimme abzugeben. Vielmehr hat, wie dem amtlichen Preussischen Pressebericht geschrieben wird, jeder Wähler, ohne Rücksicht darauf, in wie vielen Verzeichnissen von Stimmberechtigten er verzeichnet steht, nur eine Stimme. Jede mehrfache Stimmabgabe durch ein und dieselbe Person stellt sich als Wahlfälschung dar, die nach § 10 St.G.B. mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird. Daneben kann auf Verurteilung der bürgerlichen Ehre erklart werden.

— Rechtsenscheid des Ammergerichts in Mieterschuldsachen. Der Amthliche Preussische Präsident teilt folgenden Rechtsenscheid des Ammergerichts in Mieterschuldsachen vom 19. 2. 1932 mit: Kommt es bei der Berechnung der Abzüge gemäß § 3 der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen (§ 2 der Berliner Bekanntmachung über die Mietzinsbildung vom 19. 5. 1931) auf die Höhe der Friedensmiete an, so hat das Mietvertragsgesetz die Friedensmiete nur dann zu ermitteln, wenn über ihre Höhe Streit besteht. — „Preußen 1932.“ Das von der Pressestelle des Preussischen Staatsministeriums neu herausgegebene Handwörterbuch der gesamten aktuellen Preußenpolitik „Preußen 1932“ kostet 90 Pfennige. Es ist im Verlag Georg Stilke, Berlin, erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Annaburg. Anlässlich der Gauhschau des Verbandes der Geflügelzüchter „Ebe-Di“ errang der Geflügelzüchter Annaburg für beste Geflügelzucht ein Diplom. In dieser Gauhschau waren 10 Geflügel- und Kleintierzuchtvereine beteiligt. Schon im vergangenen Jahre hat der hiesige Geflügelzüchterverein ein Diplom für beste Geflügelzucht errungen. Das Diplom wurde gefeiert vom Gau-Verband der Geflügelzüchter „Ebe-Di“. Wir wünschen dem Verein für die Zukunft noch weitere gute Erfolge in der Geflügelzucht. Gut Nacht!

— Annaburg. Auf das am heutigen Abend im Goldenen Ring stattfindende 3. Sinfonie-Konzert der hiesigen Stadtkapelle ist auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Das ausverkauhte Programm verspricht für jeden Musikfreund einen genussreichen Abend.

Blöffa. Anstelle des am 1. April ds. Jz. in den Ruhestand getretenen Lehrers Pressschneider wurde von der Regierung zu Merseburg Lehrer Wörensberg nach hier versetzt. Derselbe war bisher in einem Ort Schützlingen im Amt. Er begann seine Tätigkeit hier am heutigen Tage. Auch den Kirchenrat hat er bereits übernommen.

Tessen (Elster). 5. April. Tödtlich verunglückt ist der Landwirt Richard Böhme von hier, der im Alter von 53 Jahren stand. Er war mit seinem Sohn mit dem Anstcher von Werden beschäftigt. Als er das dritte Pferd aus dem Stall holen wollte, erlief er plötzlich von einem der Tiere einen derart heftigen Schlag gegen die Brust, daß er umfiel und, ohne ein Wort sagen zu können, sofort verstarb.

Elster. (Blamantenfang.) Junge Burden beobachteten gestern auf der Elbe in unmittelbarer Nähe von Elster ein Tier, das eine Wildente verfolgte. In der Annahme, daß es sich um eine Fischotter handelte, verfolgten die jungen Leute das Tier mit einem Rahn. Nach längerer Verfolgung war das Tier so erschöpft, daß es an Land zu schwimmen

verliefte, wo es dann gefolgt wurde. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine Blamante handelte. Das Tier wies vom Kopf bis zum Schwanzende eine Länge von 50 Zentimeter auf.

Wittenberg. (Wieder für über 500 Mann Arbeit.) Die Schildföhrer haben ihre Lagerverträge bis auf 1500 Tonnen herabmindern können. Da damit die Lager erheblich geleert sind, konnte die Herstellung wieder verfrachtet aufgenommen werden. 500 Mann der im Vorjahr entlassenen Belegschaft wurden neu eingestellt. Drei Karbidbrenner sind wieder in Betrieb genommen. Die Folge der Erleichterung in Pflanzlich ist eine Belebung im reichhaltigen Kraftfahrzeug-Golpa-Bismarck, das für Pflanzlich die benötigten Strommengen herstellt. Hier konnten zunächst wieder 50 Mann neu eingestellt werden.

Wittenberg, 5. April. Der deutsche Langstreckenläufer Reformmann Max Spring-Wittenberg ist, wie WTB-Sportdienst meldet, für längere Zeit aus Kranenbett gefesselt. Vor einigen Wochen zog er sich eine Nierenentzündung zu, schonte sich jedoch nicht genügend, so daß sich jetzt Nierenbluten eingestellt hat. Spring wird daher längere Zeit pausieren müssen und bei dem ersten Charakter seiner Erkrankung wohl kaum noch als Olympianbieter in Frage kommen.

Jahna, 31. März. In der Garage von Otto Haberland, Jüterbog, brach ein Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit das ganze Dach, zwei Autos und einen großen Anhänger vollständig zerstörte.

Dorna, 5. April. Die Motormühle der Gebr. Biele wurde in vergangener Nacht von einem Großfeuer brennend gelichtet. Der Speicher, in dem das Feuer gegen 1 Uhr ausbrach, ist vollständig niedergebrannt, die Mühle selbst brannte zum Teil aus, besonders wurden die darin lagernden Getreidevorräte vernichtet.

Gräfenhainchen. (Diebstahl.) In der Sonnabendnacht konnte durch die Aufmerksamkeit des Schließers Schneider jun. dem ledigen Zimmermann S. Bobban ein in dem Sägewerk Otto Richter-Kabis gelohener, 75 RM. wogender 4 1/2-PS-Elektromotor abgenommen werden. Der Dieb war zu Fuß und transportierte seine Beute auf dem Fahrrad. Der diensttuende Polizeibeamte Schmitz half davon Kenntnis erhalten und konnte den Täter unter der Furchtmittel festnehmen. Bei seiner Vernehmung wurde der Diebstahl völlig aufgedeckt.

Bitterfeld. (5 1/2 Millionen Fehlbetrag im Kreisaushalt.) Der Haushaltsplan des Kreises Bitterfeld für das Rechnungsjahr 1932 schließt in Ausgabe mit 9 068 Millionen, in Einnahme mit 3 669 Millionen RM. Der Fehlbetrag von 5 429 Millionen RM. ist im wesentlichen durch die Füllzüge für die Wohlstandsverbesserungen entstanden, für die 4 4 Millionen RM. aufzuwenden werden müssen. Hinzu gerechnet werden muß noch der Fehlbetrag aus dem Vorjahre in Höhe von 1 89 Millionen RM.

Wolken. 4. April. (Zwei Arbeiter tödlich verunglückt.) Am Sonnabend ereignete sich in der Farbenfabrik Wolken der J. G. Farbenindustrie A.G. dadurch ein Unfall, daß sich dem Abtragen aufgeschütteten Düngehalbes plötzlich eine große Menge löstete und zwei Arbeiter sich begrub. Trotz der sofort aufgenommenen Bergungsarbeiten blieben die Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Dessau, 5. April. Der Bürgermeister der Stadt Walsch, Behrens, hat sich in der vergangenen Nacht auf dem Hofe des Rathauses in Dessau erschossen. Man fand ihn heute früh auf einer Kiste vor der Ratskellerei tot auf. Neben ihm lagen die Wölfe, sein Waffengehäuf und ein von ihm geschriebener Zettel, mit dem Inhalt, daß er in Dessau eingekerkert zu werden wünsche. Der Grund zu dem Selbstmord ist bisher nicht bekannt.

Dobrilug. Eine hohe Ueberrastung erlebte der Versicherungsagent G. Böhme von hier, als er seinen Wienenland betrat. Von seinen 14 Wienenolden waren die Hohnwaben entwendet. Die Wölfer waren durch die Öffnungen entwichen und lagen z. T. erstickt auf der Erde. Von seinen 14 Wölfen konnte B. nur 2 retten, jedoch 12 Wölfer aus vernichtet gellen können. Den Tätern ist man auf der Spur.

Großenhain, 4. April. Der sechshafte Mieter von Großenhain dürfte wohl der Tuchmacher Max Riedel sein, der am 1. April 63 Jahre im Grundbesitz des Tischlermeisters i. R. Max Friedrich wohnt. Das Zeugt gewiss von einem sehr guten Verhältnis der beiden Parteien. Vermieter und Mieter, zumal auch bereits die Eltern des 78jährigen Riedel diese Wohnung innegehabt haben.

Kino-Schau.

Palast-Theater. „Der Andree“, nach dem Bühnenstück von Lindau. Das Spannen, was man sich in einem Zoniten denken kann, ist das unheimlich packende Mädel eines Staatsanwaltes, der in heftiger Wambung sich und seine weisse Cravatte vergrüßt. Durch ein Mädchen, die „rote Mädel“, wird er aufgeföhrt, den Staatsanwalt, das heißt also sich selbst zu ermorden. Mit dem Messer in der Faust, in seiner Wohnung fällt die Wambung, er ist wieder Richter. Von da an entspinnt sich die dramatische Wucht eines Justizfemes, der man gehen und gehört haben muß. — Sich föhlich amüfieren und herzlich lachen kann man über den hetteren Lustspielalager. „Jennys Bummel durch die Männer“.

Landeshtische Gemeinschaft.

Freitag abend 8 Uhr: Coangelation im Gemeinschaftssaal.

„Haarglanz“ bedeutet Haar-Hygiene.

Wie hält man sein Haar gesund? Durch regelmäßiges Nachspülen mit Schwarzkopf-Haarglanz nach jeder Kopfwäsche! Denn Schwarzkopf-Haarglanz ist sein Verlungungsbad. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Shampooen bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extrapackung und Extra-Blond mit Schaumbille 27 Pfg.



Hinweg mit Hitler!

Dem Volke Freiheit u. Aufstieg!

Am Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr im Lokal „Neue Welt“ in Annaburg

Öffentl. Einwohnerversammlung

Redner: Reichstagsabg. Dr. Herz-Berlin.

Alle Wähler und Wählerinnen sind freundlichst eingeladen.

Umfoslenbeitrag 10 Wfa.

Die Kampfleitung der Eisernen Front.

Fußball-Abteilung „Vorwärts“

zu Col. Raundorf veranstaltet am Sonnabend, den 9. April im Saale des Herrn Heinide

1. Stiftungsfest,

wogu Mitglieder u. Gäste herzl. willkommen sind. Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Palast-Theater

Freitag-Sonntag. Beginn: 8 1/2 Uhr.

Ein Doppelpogramm, wie mir es so bald nicht wieder bieten können, der große, spannende Lustspiel, mit Fritz Kortner, der ein phantasievolles Rätsel auflöst: (9 Akte)

„Der Andere“

Auffeuernde Klärung eines fast unmöglichen Kriminalfalles. Krankhafte Veranlagung eines Staatsanwaltes. Seltsames Doppelleben: Richter und Verbrecher in einer Person. Ein ungeheurer spannender Tonfilm mit G. George u. K. v. Nagy.

„Jennys Bummel durch die Männer“ Ein Lustspielstücker von zündendem Tempo.

Prima Weiß-Stückalk Zement, Gips, Rohrgewebe

frisch eingetroffen.

Otto Schröder, Schulstr. 5.

Zeld- und Gartenämereien

Rot-, Gelb- u. Weißklee, Seradella Mohrrüben, goldgelbe Lobbericher Gelbe Eckenfelder Niesenwalzen Pelusiden, Sommerwicke Luzerne, Tiergartenmischung Wiesenmischung, Engl. Raygras Timotheusgras, Gartenämereien und Blumen-Samen

J. G. Fritzsche.

Fahrräder

Boitan	50.—	MTL
Ideal	60.—	MTL
Opel-Blitz	75.—	MTL
Alaweto, 3/4 Ballon	75.—	MTL
Olfa, Ballon	85.—	MTL

Alle Räder mit Freilauf

Decken 1.60, Schläuche 0.75, Ketten 1.—
Pedalen 1.25, Gloden 0.90, Griffe 0.70
Reise 0.75, Sättel 3.50, Satteldecken 0.75
Pumpen 0.50 u. 0.90, Freilaufnabe 8.—
Kühllicht 0.25, Boshlampen 12.50

Alle Reparaturen und Ersatzteile

Fritz Ködler, Fernruf 255

Empfehle in bester hochsteimfähiger Qualität und zu billigsten Preisen:

la. rote und gelbe Eckenfelder Rübenkerne und Kirsches Ideal
Garantiert erste Absaat von Original-Rotklee, Seradella, Pelusiden, Sommerwicke, Riesenspörgel, Lobbericher Futtermöhren-Samen

Erfurter Blumen- und Gemüse-Sämereien

Steckzwiebeln, Künstlichen Blumen-Dünger, Baumwachs, Obstbaum-Karbolinicum

J. Kählig's Nachfolg.

Inhab.: Martha Müller, Wählenstraße 40

Reifener Saathafer
Hanna-Saatgeräte
Peragis Sommer-Weizen
Pelusiden
Waltersbacher Saat-Erbsen
Al. gelbe Saaterbsen
Sommerwicke
Seradella
Gelbe Saatlupinen
Nübenkerne, gelbe Eckenfelder, gelb und rot
Möhrensamens, gelbe
Lobbericher, sowie sämtl.
Klee- und Grasaaten
offert

Werner Otte
Speicher am Kleinbahnhof.
Fernsprecher 212.

Schuh-Reparaturen

föhren trotz der billigen Preise noch immer nachweisbar mit gutem Leder lauber aus
Gebr. Vogel
Almenstr. 12.

Dieser Anzug hält—

und das ist für einen richtigen Jungen die Hauptsache. Er will klettern, turnen, sich austoben, aber doch auch wieder adrett und sauber vor seine Eltern treten. Da ist ein „Bleyle“ sein bester Freund und als treuer Begleiter tausendfach erprobt. Jede praktische Mutter schätzt die Vorzüge der Bleyle-Kleidung.

- geunnd
- porös-elastisch
- formbeständig
- erprobtes reinwollenes Material
- solide Verarbeitung
- strapazierfähig
- daher
- Bleyle-Kleidung**
- im Gebrauch am billigsten

Alleinverkauf: Carl Quehl

Jahrgeschäft Louis Hofmann

Jubiläums-Neueinführungen: Cigarren

der feinsten deutschen Fabrikationen zu ertaunlich streng kalkulierten Preisen! A. a.:

echte Wolff — echte Rinn & Cloß.

Bitte prüfen Sie eingehend meine Auslagen. Sie finden Höchstleistungen und in Cigaretten und Tabaten jede Marke

Louis Hofmann, Zorganer Straße

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.
Größte und gewinnreichste Staatslotterie.

345000 Gewinne und 102 Prämien über 114 Mill. RM.
Hauptgewinne: je 2 zu 500000, 300000, 200000, 12 zu 100000, 6 zu 75000, 20 zu 50000 usw., ferner 2 Prämien zu je 50000 und 100 zu je 3000 RM.

Ziehung: 1. Klasse am 22. und 23. April ds. Jrs. 2. Klasse am 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31. März zu haben bei
Estrich, Staatlich, Lotterien-Einnahme-Zentrale.

Billig und gut kaufen Sie jetzt!

Pelzwaren

Schöne große schwarze
Frauen-Pelztragen . . . 10 Mf.
Subitragen . . . von 5.— Mf. an
Grote Füchse, mod. Form v. 20 Mf. an
Kleine Tierchen . . . von 3.— Mf. an

Große Auswahl in den neuesten
Damen- u. Herrenhüten
Kappen und Mützen

Wilhelm Waisch.

Eine große Sendung
Damen-Mäntel
neu eingetroffen!

Wie bekannt finden Sie bei uns aus neuesten Modellen die
eleg. Frühjahrs-Mäntel
zu den billigsten Preisen!

Seiden- und Kleiderstoffe
in den neuesten Modifarben

Die elegante
Herren-Garderobe
in neuen Frühjahrs-Farben,
guter Verarbeitung, gutem Stoff

Wirk- und Strickwaren
in großer Auswahl in Origin.
Wiener Modellen.

Ernst Peschke
Aderstraße 16
Das Haus der guten Qualitäten.

hochfeine, zarte Matjesheringe
frisch eingetroffen

J. Kählig's Nachf. Inh.: Martha Müller

Garten-Geräte!

Gärtnerpaten und Schaufeln, Eisene und Holzschalen, Getreide- u. Pflanzenspaten, Baumfägen, Baum-, Kappen-, Hecken- u. Rosenzieren Blumenstrijen, Gießkannen, auch für Kinder, Pflanzschaufeln, Kollensätze, Rasenmäschinen, Grabwägen, Guano-Förbe, Wollgeräte

J. G. Fritzsche

Kautschukstempel
Herl. Marken
HERM. STEINBEISS
Buchdruckerei
ANNABURG

Apfelsinen

Blut-Dual-Apfelsinen
15 Stück nur 1.00 Mk

feinste Jaffa-Apfelsinen
3 Stück nur 25.—

empfehl

Ja. Th. Schulte Nachf.

Kalkammonialpeter
Kalkstickstoff
Schwefel, Ammonial
Nitrophosta
Am. Sup. 9x9
Thom. Mehl
Kalk 42%
Kainit
empfehl ab Speicher
Adolf Weicholt jun.

Kräftige Ferkel
gibt ab
Gut Heided.

Eine Fuhre
gutes Heu
zu verkaufen
Karl Angielsky
Col. Raundorf.

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg

Der neue Reichshaushalt.

Regelung vom 1. April bis 30. Juni 1932. Durch Verordnung des Reichspräsidenten über die Veranlagung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1932 wird bestimmt, daß die Personalausgaben, also die Gehälter der Beamten und Angestellten, in den nächsten drei Monaten entsprechend den bisherigen Bestimmungen ausgegahlt werden.

Die Haushaltsordnung verfügt die Bezahlung der beamteten und nicht beamteten Hilfskräfte sowie die Befreiung sonstiger persönlicher Ausgaben. Für die Verfügungsberechtigung über sachliche Ausgaben hingegen tritt eine Verfügung insofern ein, als in dem jetzt beginnenden Vierteljahr nur ein Fünftel der im Haushalt für 1931 festgelegten Ausgaben verausgabt werden darf.

Zur Erleichterung der Wohlstandslosen der Gemeinden und Gemeindeverbänden stellt das Reich 75 Millionen Mark zur Verfügung; außerdem wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, von Reichs wegen 60 Millionen Mark zur Förderung der Getreidebewegung und 77 Millionen Mark zur Überbrückung der Schwierigkeiten in der deutschen Wirtschaft als Garantien zu übernehmen.

Nationale Erziehung und evangelische Schule.

Rundgebung des 10. Reichstages.

Der in Potsdam tagende 10. Evangelische Reichstestag hat den Vorsitzenden des Evangelischen Reichstestaments Staatssekretär a. D. Dr. Engel, und den Stellvertreter des Vorsitzenden Staatspräsident a. D. Madtke einstimmig durch Zuruf wiedergewählt.

Im Anschluß an die Beratungen über „Deutsches Volkstum und evangelische Schule“ beschloß der Evangelische Reichstestag folgende Rundgebung: Evangelium und Volkstum sind die beiden Grundpfeiler einer gesunden Jugendzucht. Darum erwartet der Reichstestament von der evangelischen Schule den Dienst einer kraftvollen nationalen Erziehung, und darum fordert er vom deutschen Staat die evangelische Schule als Pflegestätte einer Jugendzucht, die das kommende Geschlecht tief einwirkend in die Lebenswirklichkeit von Volkstum und Evangelium.

Seber Versuch, die nationale Erziehung vom Evangelium abzulösen oder den Dienst einer evangelischen Schule für die deutsche nationale Erziehung auszufächeln, muß das evangelische Elterngeheimnis mit Entschiedenheit ablehnen.

Der 10. Evangelische Reichstestag wurde am Sonntag durch eine öffentlichen Kundgebung geschlossen. Generalinspektoren des Reiches hielten feierliche Ansprachen unter der Teilhabenden: „Wir kämpfen für ein neues Geschlecht!“. Die Zukunft werde einer Jugend gehören, die mit beiden Füßen in der Schöpfung Gottes stehe und die zugleich mit heiserer Liebe zu Volk und Vaterland sich begeistere und bereit sei für heilige Güter ihr Leben einzusetzen.

„Wir danken dem Reichspräsidenten für die Kundgebung ihren Anlaß. Der Abend vereinte die Gemeinde in der Nikolaiskirche zu einer musikalischen Feierstunde unter Leitung von Musikdirektor Georg Kempff.“

Abenteurerblut

ROMAN VON ANNY v. PANHUY'S

(37.) Copyright by „Dresdener-Verlag“ Zwickau u. S.

Und was brachte dieser Herr von Brunnhof ihrem Vater von Galton de Bernon?

Ihre Verzeihung hätte der Tote nicht erbiten brauchen. Sie hatte ihm längst verziehen, weil es ihr, trotz aller Mühe, die sie sich gegeben, nicht gelüftet war, ihn zu verachten.

„Es klopfte. Heinz trat ein, zog hastig die Tür hinter sich zu. „Fränze, es ist was ganz Sonderbares passiert. Eben ist ein Herr von Brunnhof zu Vater gekommen, er bringt von Bernon den Schmuck zurück, den uns der Fiskus gestohlen hat. Das Gemma hat dem Gauner aufsehend kein Ruhe gelassen, vor dem Sterben sagte ihm die Kunde. Und es steht merkwürdigerweise kein Stück! Ist das nicht eine tolle Sache? Was sagst du dazu, Madel?“

Fränze starrte sich hastig über die Augen, der Klang ihrer eigenen Stimme klang ihr fremd, als sie erwiderte: „Es scheint, daß es Dinge auf der Welt gibt, die man nicht so schnell begreift, Heinz, und der Betrag, den du mir sagst, ist in der Halle, er stelle dich mir vor, erwähne, in wessen Auftrag er käme, aber weiter nichts.“ Ihr Blick wurde fragend. „Sag der Herr da oben vom Bodenbe nicht eine Aehnlichkeit mit Bernon, Heinz?“

Der Bruder riefte mit den Schultern. „Ungefähren ist es mir nicht, aber nun du mich aufmerksam machst, finde ich es auch Ähnlichkeit, aber nicht. Ich finde, Herr von Brunnhof hat einen Empfehlungsbrief von unserem Verwandten Danielus mitgebracht. Vater hat den Betrag natürlich eingeladen, zum Essen zu bleiben, ich habe eben das Auto weggeschickt, mit dem er gekommen ist.“ Er kippte sich an die Stirn. „Da stehe ich und schwache und sollte dich ja holen. Fränze, Vater läßt mich.“

Fränze erhob sich. „Ich werde gleich kommen, Heinz, doch ich möchte vorher ein anderes Kleid überwerfen, weil doch der Besuch zu Tisch bleibt.“

Weiterer Auftragsrückgang im Handwerk.

Unterträgliche Preisbedingungen.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks stellt mit die immer weitergehende Schwächung der deutschen Wirtschaft machte sich im Monat März auch für das Handwerk in einem weiteren Auftragsrückgang ungeheuer ungünstig bemerkbar. Die Bestellung, die sonst das Frühjahr brachte, blieb so gut wie vollkommen aus. Die Zahl der Handwerksbetriebe, die gänzlich still liegen oder nur noch vom Meister allein betrieben werden, nimmt ständig zu.

Der allgemeine Arbeitsmangel

führte zu einem Kampf um die wenigen noch vorhandenen Aufträge. Das Preisniveau ist daher allgemein so stark gesunken, daß ein nennenswerter Gewinn überhaupt nicht mehr zu erzielen ist.

Die Deflationsspolitik, die von der Reichsregierung besonders in der dritten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 angewandt wurde, konnte im Handwerk nicht behebend wirken, im Gegenteil.

Der Lohn- und Gehaltsabbau

hat sich in einem Rückgang der Aufträge ausgewirkt, doch ist festzustellen, daß durch die Politik der Regierung im Publikum sehr starke Einnahmen auf einen erheblichen Preisabbau gefolgt wurden, die zur Zurückhaltung noch vorhandener Aufträge führten.

Die Verwerfung des Vorauszahlungstermins für die Einkommensteuer hat sehr nachteilige Wirkungen hervorgerufen. Die erfolgte Senkung der Preise für Gas und Elektrizität war nur so gering, daß dadurch eine spürbare Entlastung des Betriebsstoffpreises nicht eintreten konnte. Alles in allem gesehen, sind die Preisbedingungen für das Handwerk in einem ganz unterträglichen Zustande. Die Zukunftsaussichten für die nächsten Monate sind um so besorglicher, als Anzeichen für eine Welle des Bau marktes nicht vorhanden sind.

Das Auto mit den Devisenwänden.

Polen als Devisenspeicher festgenommen.

Einen wichtigen Rang machen Jollballe der Aufschichtliche Straß bei Herzogenau. Ein Kraftwagen aus Düsseldorf, der dort am frühen Abend eintraf, um nach Erlangen der Kommunisten die Weiterfahrt nach Ostland anzudeuten, wurde von den Jollballen einer genauen Untersuchung unterzogen. Hierbei entdeckten die Beamten in den Wänden des Autos geschickt verborgene 43 000 Mark in Banknoten und etwa 12 000 holländische Gulden. Außerdem wurde ein aufschlußreicher Schriftwechsel gefunden, der auf das Bestehen einer umfangreichen Organisation von Devisenschiebern hindeutete. Von den fünf Insassen des Kraftwagens, unter denen sich eine Frau und ein Junge befanden, wurden drei sämtlich polnische Staatsangehörige, festgenommen und der Düsseldorf-er Polizeiwachung zugeteilt, die die weitere Untersuchung übernommen hat.

Jede Tasse Kathreiner ist eine Tasse Gesundheit!

Gegenmittel für alle Giftgase gefunden.

Der Erfinder, Major Galton, den Versuchen zum Opfer gefallen. Das englische Kriegsministerium hat nach vierjährigen, die zur Hauptsache in einem Laboratorium in Porton in Wiltsire stattgefunden hätten, ein wirksames Gegenmittel für alle im Kriege verwendbaren Giftgase gefunden. Verschiedene Personen seien zunächst mit einem Giftgas und dann mit dem Gegenmittel behandelt worden und vollkommen gesund aus den Versuchen hervorgegangen.

Der Hauptfachverständige der Versuche, Major Galton, der am 6. März gestorben sei, sei als ein Opfer der unzähligen Versuche, die er mit Giftgas durchgeführt habe, zu betrachten.

Rindensführung sehr modern.

Auch in Zürich sollte ein Rind gerast werden.

Seit der Entführung des Lindbergh-Kindes scheint der Rinderraub auch in Deutschland Mode werden zu sollen. In Zürich erhielt der Direktor der Zürcher Sumfberaunerei, Dr. Verbeere, einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, 500 Mark an einer bestimmten Stelle zu einer bestimmten Zeit zu hinterlegen; falls dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, würde das Kind der Familie entführt und gefoltert werden. Als Schreiber des Briefes konnte der Geliebte des Dienstmädchens der Familie, ein 19jähriger Malergeselle, ermittelt werden. Er wurde dem Gericht zugeführt, aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, dürfte das Dienstmädchen von dem Vorhaben des Geliebten keine Kenntnis gehabt haben.

Blutige Zwischenfälle.

In Chemnitz fanden große Kundgebungen für alle drei Präsidentschaftskandidaten statt. Vor den Versammlungen bedrohten sich große Demonstrationen der verschiedenen Parteien durch die Stadt. In der Hallesche Straße überfielen Kommunisten einen jungen Nationalsozialisten. Die Kommunisten wurden zurückgedrängt und flüchteten. Ein Kommunist feuerte fünf Revolverkugeln auf die Nationalsozialisten ab. Ein Nationalsozialist wurde durch Bauchschuß schwer verletzt. Ein Kommunist, der sich unter die Nationalsozialisten gemischt hatte, wurde ebenfalls von einer Kugel getroffen. Der Täter wurde festgenommen.

In Lötzen kam es zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu blutigen Zusammenstößen. Sechs Schwerverletzte wurden in Krankenhaus geschickt.

Im Südbahnhof in Berlin ist der Grenzauftragsgriff die Menge die Polizeibeamten an, dabei wurde ein Polizeibeamter erheblich verletzt. Schließlich mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen. Ein Kommunist erhielt einen Brustschuß und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschickt.

Geldraub in einer Postzweigstelle.

Näher bei Motorrad erbeuten 13 600 Mark.

In der Postamtzweigstelle Kattstedt in Röhlfeld wurde ein beweglicher Kassenhalter vernichtet. Kurz nach dem Verschwinden führten zwei Männer mit einem Motorrad vor das Postamt vor. Der Fahrer sprang vom Rad, schlug das Kraftfahrzeug gelegene und zum Schalterraum des Postamts führende Fenster ein und raubte eine am Fenster stehende Geldkiste mit 13 600 Mark. Sofort schwang sich der Wache auf das mit 20 Meter vom Postamt mit angegebeltetem Motorrad haltende Motorrad und fuhr mit seinem Komplizen in schnellster Fahrt davon. Der Vorfall führte sich in wenigen Sekunden ab, so daß der sich im Raum aufhaltende Schalterbeamte, der mit der Vernehmung beschäftigt war, die Geldkiste nicht mehr in Sicherheit bringen konnte. Als er zu dem eingelaufenen Fenster eilte, führten die bewegenden Banditen bereits davon. Sie konnten bisher noch nicht gefast werden.

begründet, durch die er zwanzigtausend Besos gewonnen hätte.

Herr von Brunnhof machte eine kurze Pause im Erzählen, während der er sich aus dem Zigarettenetui, das ihm Heinz Mallentin offen hinhielt, bediente. Er wandte sich an die Tochter des Hauses mit hummer Frage. Sie lächelte ein wenig.

„Natürlich, rauchen Sie nur, Herr von Brunnhof, ich bin das von Vater und Bruder her gründlich gewöhnt.“ Heinz reichte ihm Feuer.

Malte von Brunnhof rauchte, und Fränze dachte, er behandelte die Zigarette in derselben lässig eleganten Art, wie es Galton de Bernon getan.

Malte von Brunnhof blinnte leidendlang dem ersten Rauchschiffchen seiner Zigarette nach, fuhr dann fort: „Das gewonnene Geld brachte Bernon Glück. Er legte es in der verchiedensten Weise an, besonders war er an einer neuen Detektive mit Aufnahmegerät beteiligt, er beschäftigte sich dort auch mit. Er ward in verhältnismäßig kurzer Zeit zum wohlhabenden Mann und war eben im Begriff, die Kasse seines Kompagnons, eine hübsche junge Aristokratin aus Neuport, zu heiraten, als das Unglück geschah.“

Wie heiß und stehend Fränzes Augen an seinen Lippen hing. Malte von Brunnhof ließ nicht hinüber zu ihr, fühlte aber den feibrig gelippenen Blick.

„Es sollte weitergehen, Heinz verbinde dich an daran.“ „Ich höre eben meine Frau kommen. Sie weiß von Bernon nur, wodurch mein Vater seine Befamtschaft machte und von keinem Besuch hier, deshalb wollen wir in ihrer Gegenwart alles Sonstige unberührt lassen. Auch fernste ich nie persönlich nicht.“

Echon öffnete sich die Tür. Einst von Briefen war als hinaus Frau Mallentin ein wenig voller geworden. Sie hatte jenen weichen, zufriedenen Zug um den Mund, der glückliche Mütter kennzeichnet. Oben im Kinderzimmer spielte ein dreijähriger Kronprinz mit seinem zweijährigen Schwesterchen.

Eberhard Mallentin stellte den Besucher vor. „Herr von Brunnhof hat in Berlin zu tun, er ist ein Nachbar unseres guten Heinrich und bringt uns Grüße von ihm und seiner Frau.“

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschlt. Umlagesteuer. Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbes. Halle.

Nr. 42.

Donnerstag, den 7. April 1932.

35. Jahrg.

Beginn der Donaukonferenz

Donauplan und Tributfrage.

Die Staatsmänner Deutschlands, Englands, Italiens und Frankreichs sind in London versammelt zur Konferenz der vier Großmächte, die am Schicksal der Donauländer interessiert sind. Für Frankreich hat Tardieu bei seinem Besuch bei MacDonald gut gearbeitet. Es ist eine englisch-französische Einigung zustande gekommen darüber, daß der Bund der Donauländer nach französischem Vorschlag gebildet werden muß, wenn auch über das Wie noch keine Beschlüsse gefaßt wurden. Vor diese Aufgabe werden jetzt Deutschland und Italien gestellt und um ihre Meinung befragt. Da dieser Bund unter französischer Finanzhoheit den Plänen Deutschlands für einen wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas entgegensteht und dieses nicht ohne weiteres geneigt sein wird, sich in ein Paneeuropa Tardiens als Objekt fremder Außenpolitik einfügen zu lassen, so wird Frankreich nach bewährtem Muster Deutschland unter Druck setzen, um es für seine Absichten geneigt zu machen. Das wird sich insbesondere darin ausdrücken, daß Frankreich die Donaufrage mit der Tributfrage verknüpfen wird. Damit wird auf Deutschland dann über kurz oder lang allerdings ein außerordentlich harter Druck ausgeübt werden, ein Druck, von dem Frankreich hofft, daß Deutschland ihn angesichts seiner Finanzlage nicht lange auszuhalten vermag.

Zwei Möglichkeiten gibt es dann für Deutschland. Wird die Donaufrage mit der Tributfrage verknüpft, so liegt darin unter Umständen vielleicht viel Verlockendes infornen nämlich, als wie von Frankreich eine Verlängerung der bestehenden wirtschaftlichen Gleichgewichte und womöglich noch ihre Erweiterung erlangen können, sofern wir uns mit dem politischen Inhalt des französischen Donauplans einverstanden erklären. Es bedeutet dies freilich für unaufsehbare Zeit den Verzicht auf deutsche Politikschicksal. Wir wären eingekerkert in das von Frankreich so nahe und gefaßt herrschende Paneeuropa. Die andere Möglichkeit ist, daß wir ein klares und glattes Nein sagen. Fänden wir uns aber nicht, daß mit diesem Nein an das deutsche Volk auf allen Gebieten seines Lebens schwerere Anforderungen gestellt würden, nicht vorübergehend, sondern wahrscheinlich für lange Zeit. Wollen wir Frankreich erfolgreich widerstehen können, so müssen wir bereit sein zu einem Leben sowohl äußerer Karaberei wie innerer Zucht, Einordnung und Hingabe an den Staat.

Die Eröffnung der Vier-Mächte-Konferenz

Eine große schaulustige Menge hatte sich in der Downingstreet in London eingefunden, um sich die Ausfahrt der ausländischen Abordnungen zu der Vier-Mächte-Konferenz anzusehen. Zuerst erschienen die französische Abordnung unter Führung des Finanzministers Lalande und kurz darauf trafen die Mitglieder der italienischen Abordnung — soweit sie nicht an dem Frühstück beim Ministerpräsidenten MacDonald teilgenommen hatten — auf dem Hofe des Foreign Office ein. Dann kamen Staatssekretär von Villore und Ministerialdirektor Bosse sowie der italienische Außenminister Grandi mit Begleitung aus dem Hause heraus. Ihnen folgten Handelsminister Mancini und Außenminister Sir John Simon. Als letzter kam Ministerpräsident MacDonald in Begleitung des Schatzkanzlers Neville Chamberlain. Sie begaben sich in den Vortragsraum, wo sie die Abordnungen begrüßten und hierauf die Sitzung über die Donaufragen in alten Kabinetsraum eröffneten.

Zweite Donaufkonferenz in Lausanne?

Frankösische Intrigen gegen Deutschland.
In den Kreisen der französischen Abordnung zur Viermächtekonferenz sind umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden, um die von Deutschland erhobenen Ansprüche auf seine besonderen Interessen an dem Donaubund zu entkräften. Zu den tatsächlichen Angaben, auf die sich die deutschen Forderungen zum Teil stützen, sind Geographen ausgearbeitet

worden. U. a. wird darin behauptet, daß Deutschland die Ausfuhr nach den Donaustaaten nur 10 Prozent betriebe, während die entsprechenden Jahressummen für Polen auf 15 bis 20 Prozent, für Italien auf 4 Prozent und für Bulgarien auf 0 Prozent stellten. Diese Zahlen werden französischerseits auch angeführt, um die Berechtigung Polens zur Teilnahme an den Verhandlungen nachzuweisen.
In der französischen Abordnung glaubt man bestimmt, daß auf der Viermächtekonferenz eine Einigung hinsichtlich der an die Donaustaaten abzulegenden Einlagen erfolgen wird. Dies würde schlußendlichfalls dadurch erreicht werden, daß einmalige Schwierigkeiten auf die zweite Donaufkonferenz verschoben werden, von der man in französischen, allerdings nicht östlichen Kreisen glaubt, daß sie nicht in Genf, sondern in Lausanne stattfinden wird. Dort würde es erst zum Austrag der noch bestehenden Schwierigkeiten kommen.

1-Milliarde-Franc-Anleihe für die Donaustaaten?

Es herrscht wieder unter Finanzkontrolle. In der gut informierten Pariser „Liberte“ wird mitgeteilt, daß Frankreich eine große Konvertierungsanleihe für die Donaustaaten vorbereitet und in Voranschlag gebracht habe. Diese Anleihe soll es den Donaualändern ermöglichen, eine umfassende Sanierung durchzuführen. Was den Betrag anbelange, so werde ziemlich übereinstimmend von einer Milliarde gesprochen.

Wenn man Herrschei eine neue Anleihe gebe, so könne das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die Finanzkontrolle wieder eingeführt werde. Es frage sich nun, ob Wien bereit sei, die Finanzkontrolle zu unterwerfen, und ob Deutschland den entsprechenden Voranschlag zustimme. Die Entscheidung müsse in den nächsten Tagen fallen.

Hoover über die Grenzfreie Stimm

America erwartet nicht viel.
Präsident Hoover erklärte erneut, daß Stimmfänger nach Genf ausschließlich der Abrüstungsfrage gelte. Eine Anfröhlung der Schulden keineswegs geplant. Der Besuch Stimmfängers und allein auf die Festlegung eines endgültigen Abwärtigungsplanes ab, obwohl America von Genf umwärtigen Ergebnissen erwarte.
Hoover weist weiter darauf hin, daß der Monaten in Genf vorgelegte amerikanische Abwärtigungsplan während des Besuchs des amerikanischen Botschafters Norman Davis in Washington, Marinekriegsdepartement und Stimmfänger näher und erweitert worden sei.

Ein überflüssiger Versuch

Während sich in Deutschland unter gewaltigen aber auch unter härtester innerer Anteilnahme bemühen der Kampf um die Reichsverantwortung während auch in Frankreich die ersten Schritte zum Kampfes erfinden, ringt man draußen in der weniger kärm aber noch größerer Energie um die fürchtbar schwer gewordenen wirtschaftspolitischen Probleme. Man möchte selbst einmal nur einen Augenblick von den politischen Hintergründen der „Donaufrage“ absehen, — und dann kann man vielleicht sagen: Das „Ob“ und „Wie“ der Lösung dieser Frage ist geradezu überflüssig zu diskutieren, ob Europa einen für sein Leben wichtigen Schritt rein wirtschaftlich zu retten vermag oder nicht. Oder, um mit MacDonald selbst zu sprechen: Hier liegt ein Probefall der europäischen Politik vor, es ist gering, die „Politik“ anzuschalten, das Donaugebiet wirtschaftlich zu stabilisieren. Man wird sehen, ob man die zweite diesbezügliche Konferenz in London den Weg weist, geht, den die Entreeue Tardiens und MacDonalds einschneidend wenigstens nicht mit übertröben Hindernissen vorgegeben hat. Auf einem

anderen Blatt steht freilich, wie es damit auf der eigentlichen, der Genfer „Donaufkonferenz“ aussehen wird.

Auch dabei sind einige „Rebentöne“ hörbar, deren Erfinden von den politischen „Musikanten“ nicht verhehelt werden. Daß man für diese „reparationspolitischen“ Töne bereits bei den Londoner Besprechungen eine gemeinsame Melodie — oder den Anfang dazu — gefunden hat, entspricht sich vollkommen dem Willen der Außenwelt denn die Äußerungen der Beteiligten geben über das Unverständlich-Algemeine amtlicher Erklärungen hinaus. Man sieht in England und auch im Frankreich selbst noch Auswegen aus der Lage, die nicht nur vom Reichskanzler einseitig dargelegt ist, sondern von unseren Tributgläubigern — recht ungen — als Willkür anerkannt werden mußte! Deutschland vermag auch nicht einen einzigen Pfennig zu zahlen; es vermag aber auch nicht, in die völlig ungewisse wirtschaftliche Zukunft hinein irgendwelche bindenden finanziellen Verpflichtungen zu machen. Und selbst mit Gewalt könnte man aus Deutschland keinen Pfennig herauspressen, mit Gewaltanwendung die allgemeine Weltwirtschaft nur noch furchtbarer machen.

England hat ja schon einmal — im Januar — bei Dr. Brüning angefragt, ob Deutschland mit einer einfachen Verhängung des Subsidien-Prätoriums bis etwa zum Dezember einverstanden sei; der Reichskanzler hat mit Nein geantwortet. Nun hört man davon, daß man uns in England mit einem ganz eigenartigen Vermittlungsvorschlag doch noch „herumtriegen“ möchte. Dieser Vorschlag hat — um dies gleich von vornherein noch zu bemerken — den Zweck, eine allzu lange Ausdehnung der für den Juni in Lausanne angelegten „Reparationskonferenz“ zu vermeiden, schon deswegen, um den Engländern eine rechtzeitige Abreise nach Kanada zu der großen „Reichskonferenz“ zu ermöglichen, auf der sich alle Vertreter Englands, seiner Dominien und Kolonien zusammenfinden werden vor allem zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Beratungen. Außerdem glaubt man in London immer noch, daß in Lausanne aus einer ganzen Reihe von Gründen eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage nicht gefunden werden könne — also nicht nur noch einem ihm und Ausweg, der nicht gerade

erfreulich aussieht, sondern eine erfrüher auf Wahrheit beruhen, um einen doppelten Vorschlag der Kommission fest, wieviel Reparations zwecks gezahlt hat, nicht, wieviel von Frankreich wiederhergestelltungen“ in den usgegeben wurde. Diese Idee unbedingte bestechend, entwürden in deutschen Wünschen und vor Untersuchung mehr als einvernehmlich sich ebenso schnell der Einsicht stellen Lage Deutschlands und unter dem Druck der Plan-Verpflichtungen Hoffnungen — ganz gleich an diesem Zustand? Doch auch nur der Versuch, eine „libere“ Atmosphäre zu schaffen; sagen, daß dies von der Welt befolgt worden ist.

24. April.

Deutschen Volkspartei, Hindenburgs aufgefordert wird, für Hindenburg wird in keiner Weise verurteilt, daß wir bei den machen, mit aller Entschlossenheit gegen die Regierung der Weimarer Koalition zu richten haben, erfüllt von dem Willen, eine vom nationalen Geist getragene Kreuzregierung zu schaffen.

Das Zentrum erläßt an seine Anhänger einen Aufruf zum 10. April, in dem es heißt: „Die Geschichte des Augenblicks ist die Zusammenkunft bei denjenigen, die in ersten Wahlgang ihre Pflicht getan. Die Erreichung des Wahlsieges erfordert, daß niemand aussteigt, niemand zurückbleibt. Der Gegner wird seinen Fanatismus zu zerschlagen. Verhärten wir demgegenüber den festen, einheitlichen klaren Willen zu Deutschlands Ehre, Würde und Einheit. Das Lager Hindenburgs muß noch größer werden.“

